

Sallese Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 58.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Sonntag, 3. Februar 1907.

Verlagsort: Halle a. S., Breite Straße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.
Verantwortlich: Dr. Walter Gebelien in Halle a. S.

Verlagsort: Berlin, Delfauerstraße 14.
Telephon Amt VI a Nr. 11494.
Zust. u. Ber. v. C. v. Zelle in Halle a. S.

Ein letztes Wort!

Die Hauptfacht des großen Wahlkampfes um Zusammenfassung des neuen Reichstages ist geschlagen, in 237 Wahlkreisen ist der Kampf endgültig entschieden, in 172 Entscheidung muß von allen wahrhaft national gesinnten, patriotischen Deutschen im allgemeinen als überaus günstig und hoferfreudlich angesehen werden. Ueber die relativ geringfügigen Verschiebungen, welche dieser erste Kampf im Reichstageswahlkreise verschiedenen bürgerlichen Parteien gebracht hat, kann man vorläufig ganz hinwegsehen. Aber während bei den letzten Reichstagswahlen (1903) von der sozialdemokratischen Unionpartei gleich im ersten Wahlgange 56 Reichstagesitze erobert wurden, sind ihr diesmal nur 29, also nur etwa halb so viel, zugefallen. Das ist eine gewaltige Niederlage der so siegesgewiß in den Kampf gezogenen übermühten Unionpartei, die den 25. Januar als den Tag des großen Volksergebnisses in ihrem künftigen Parteialmanach zu verzeichnen gedachte. Nun hat das deutsche Volk entschieden, aber die Sturmfronten sind die Träger der roten Gerüstmaße gegen Altar und Thron, gegen Staats-, Gesellschafts- und Familienordnung, sie sind auch aus einer großen Zahl ihrer für unannehmbar angesehenen Hochburgen hinausgeworfen und auf der Strede gelassen.

Dieser erste hoferfreudliche Erfolg darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die endgültige Entscheidung erst an dem nahe bevorstehenden zweiten Schlachttage, in den Stichwahlkämpfen des 5. Februar, fallen wird. Noch hegen die Sozialdemokraten, deren Kandidaten in 92 Wahlkreisen zur Stichwahl stehen, die Hoffnung, hierbei die tiefe Schwärze vom 25. Januar auszuweichen oder doch wesentlich abzuschleifen, verringern zu können.

Die Vernichtung dieser letzten Hoffnung ist nur dann möglich, wenn alle, aber auch alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme gegen die antinationalen Unionpartei fest geschlossen zusammenhalten. Am 5. Februar wird es sich zeigen, bei welchen Parteien man es wirklich ernst nimmt mit der nationalen, patriotischen Parole: Erst das Vaterland, dann die Partei! Am 5. Februar müssen alle Parteien den Befähigungsnachweis dafür erbringen, daß sie ein Recht auf den von ihnen allen erhobenen Anspruch haben, zu den vollwertig nationalen, vaterlandsliebenden gezählt zu werden. Wird dieser Befähigungsnachweis allseitig durch praktische Betätigung geliefert, dann muß die antinationale Sozialdemokratie an diesem zweiten entscheidenden Schlachttage eine geradezu vernichtende Niederlage erleiden, dann ist ihre ausschlaggebende Stelle im neuen deutschen Reichstage für alle Fälle ausgespielt. Darauf muß jetzt unter Vereitelung aller Sonderinteressen und Parteirücksichten mit aller Kraft hingearbeitet werden. Mag man doch in den übrigen ca. 70 Stichwahlkreisen die großen Gegenkräfte austümpfen, welche unsere bürgerlichen Parteien von einander trennen, soweit man dazu am 25. Januar noch nicht genügend Gelegenheit gehabt hat. In den 92 von der antinationalen Unionpartei noch bedrohten Kreisen sollte es nur eine einzige Parole für sie alle geben: Nieder mit der Sozialdemokratie!

Zu den Reichstagswahlen.

Freisinn und Stichwahlen.

Allen freisinnigen Wählern seien zum Stichwahltag nochmals die goldenen Worte in Erinnerung gebracht, die dieser Tage die „Meier-Zeitung“, ein Organ der Freisinnigen Vereinigung, den Wählern zugerufen hat: „Die Niederlage der Sozialdemokratie muß bei den Stichwahlen vervollständigt werden. So wenig das Zentrum mit den Sozialdemokraten gehen kann, so wenig können wir Liberalen es. Ein ungeheurer, gar nicht wieder gut zu machender Fehler würde es sein, wenn wir Freisinnigen uns von der großen Woge des entrüsteten Bürgertums aus-

schließen wollten. Wirgens darf eine freisinnige Stimme für einen sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben werden. Man wird im Zuge der Stichwahl sogar manche bürgerliche Elemente unterhaken müssen, gegen die man einen tiefen Widerwillen empfindet. Hat man solchen Widerwillen gegen die Sozialdemokratie etwa nicht? Deren Verfolgung ist augenblicklich die Aufgabe eines gleichsam heroischen Augenblicks. Und wer sich davon ausschließt, läuft Gefahr, völlig zu vereinsamen, etwa wie die bayerischen Zentrumsführer bei der Kriegserklärung 1870 oder wie die Welsen!“

Zur Stichwahl in Bremen

führt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgendes aus: „Brem. Bremen! Ein früher Sieg der bürgerlichen Parteien in Bremen eröffnet die Reihe der Stichwahlkämpfe. Laut einer Wahlbestätigung, welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ fast zu völliger Verschwinden brachte, darf dem Zusammenhalten der bürgerlichen Parteien ohne Unterschied ist es den Bremern gelungen, das Mandat der Sozialdemokratie wieder abzunehmen. Ein bürgerlicher Abgeordneter vertritt wieder die alte Gemeindefraktion, deren Wohlstand und Blüte durch Bürgerinn und Bürgerleib geschaffen worden ist. Bremen hat ein Beispiel gegeben, das aufzuerst und begeistern auf die Bürgerkraft der noch im Kampfe stehenden Städte und unbedrückten Bezirke wirken muß. Was in Bremen gelang, kann bei treuer Arbeit auch anderwärts erreicht werden. Also: Gebet hin und tut desgleichen!“

Die Beamten und die Stichwahlen.

In einigen Wählern wird der Wunsch ausgedrückt, es möge vor den Stichwahlen den Behörden nochmals die Beachtung des Reichstages des Staatsministeriums eingehärt werden, nach welchem den Beamten die Ausübung ihres Wahlrechts möglichst erleichtert werden sollte. Zaran werden zum Teil auch Bemerkungen darüber geführt, daß noch den von einzelnen Behörden getroffenen Anordnungen Zweifel daran nicht ausgeschlossen erübrigen, ob die Trägheit des Staatsministeriums hinsichtlich des Umfangs der zu gewöhnlichen Dienstleistungen wirklich überall richtig verstanden sei. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ lautet nicht, daß zu Bedenken nach der einen oder anderen Richtung Anlaß vorliegt. Denn das Blatt stellt fest, daß schon vor der Hauptwahl in allen Dienstzweigen im weitestlichen übereinstimmende und ausdrückliche Anordnungen ergangen sind, die keinen Zweifel darüber lassen, daß durch zweifelhafte Einrichtungen des Dienstbetriebes an den Wahltagen sämtlichen Beamten die Ausübung ihres Wahlrechts sowohl bei den Haupt-, wie bei den Stich-, und etwaigen Nachwahlen zum Reichstage nach Möglichkeit zu erleichtert ist.

Meinbürgertum und Sozialdemokratie.

Eine in Berlin erscheinende Korrespondenz schreibt: „Wie die Sozialdemokratie über das Meinbürgertum denkt, geht aus einer Wahlbestätigung der sozialdemokratischen Parteiverbandsblätter mit besonderer Deutlichkeit hervor. Als „äußerliche“ Ursache der sozialdemokratischen Niederlage betrachtet das Parteiprogramm die Wahlbestätigung der „nicht völlig Andersartigen“. Vorausgesetzt, daß letztere aus dem Meinbürgertum allein bestehen, schreibt das Blatt des Parteiverbandes wörtlich:

„So geistig verarmt dieser Meinbürgertümliche Grundstamm des politischen Lebens auch ist, er brachte es doch fertig, einen „nationalen“ Stimmzettel zur Hand zu bringen. Von der bismarckischen Unionpartei und der Reichstagspartei dieser Stimmzettel macht man sich nur sehr schwer einen Begriff, aber zum Niederstimmen der proletarischen Wähler langt es immer noch.“

Den Meinbürgertümlichen „Stimmzettel“ sei die Einschätzung durch ein ausgebrochen sozialdemokratisches Gemeindefraktionsblatt für die Stichwahl zur Beachtung empfohlen. Eine Bevölkerungsstatistik, die von der Sozialdemokratie hergeleitet bestimmt wird, weil sie deren abstimmt, als die „Genossen“ es sich denken, sollte den letzteren über Angehörigen anbieten, um mit dem Stimmzettel in der Hand ihren sozialdemokratischen „Beurteilern“ den verdienten Dank abzuliefern.

Das Märchen von einer Verringerung des Reichstagswahlrechts.

Die Korrespondenz: Hofmann schreibt: Der „Bayrische Kurier“ und die „Münchener Post“ haben die Nachricht verbreitet, eine den bayerischen Hof- und Regierungskreisen sehr nahe liegende adeliche Persönlichkeit habe versucht, die Münchener Zentrumspartei zum Eintreten für die Liberalen dadurch zu bewegen, daß sie erklärte, es handle sich darum, eine Mehrheit für eine Verringerung des Reichstagswahlrechts zu gewinnen. In der „Münchener Post“ wird diese Persönlichkeit sogar als Vertrauensmann der bayerischen Regierung und des Hofes bezeichnet. Obwohl die Behauptung, daß eine Verringerung des Reichstagswahlrechts beabsichtigt sei, schon wiederholt von zuverlässiger Seite mit allem Nachdruck als unbegründet, ja als tendenziöse Wahlmanipulation bezeichnet worden ist, hat jene Nachricht in der Öffentlichkeit eine Beachtung gefunden, die sie offenbar in feiner Weise verdient. Wir sind demgegenüber ermächtigt, zu erklären, daß auch der bayerischen Regierung ebenso wie dem Hofe jeder Gedanke an eine Verringerung des Reichstagswahlrechts vollkommen fernliegt, und daß demnach niemand mit deren Wissen oder Willen in diesem Sinne wirken konnte. Die in erwählter Nachdruck stehende Infimiation wird daher auf das entscheidende juristische

Ein nationaler Katholik gegen die Zentrumspolitik. Professor von Sabinus aus Würzburg hielt in Dombühl in einer großen nationalliberalen Versammlung eine glänzende, hoferfreudige Rede und beauftragte die Zentrumspolitik, das System Moeren-Erzberger, die antinationale Haltung der Partei von ihrem Standpunkte aus als nationaler Katholik.

Zentrum und Sozialdemokratie.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Nach den vorliegenden Zeitungsmeldungen scheint es außer Zweifel zu sein, daß die Zeitung der Zentrumspartei in Bayern sich entkultiviert hat, bei den Stichwahlen mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Damit würde das bayerische Zentrum in Gegensatz zur Haltung der Partei in anderen Teilen des Reiches treten, wo die Zentrumspartei mit den übrigen bürgerlichen Parteien in Kampffront gegen die revolutionäre und religionsfeindliche Sozialdemokratie steht. Die Anwendung des bayerischen Zentrums von den gemeinsamen Zielen der bürgerlichen Parteien könnte nicht ohne Rückwirkung bleiben. Das muß offen ausgesprochen werden, und wir freuen uns deshalb auch, daß zahlreiche bekannte Anhänger des Zentrums, selbst in Bayern, ihrer Partei auf dem gefährlichen Wege, den sie betreten hat, ein lautes Wort zurufen.

Die Reichstagswahlen in den Ostmarken

haben, so schreibt man, ein Ergebnis gehabt, mit dem die Deutschen zufrieden sein dürfen. Von deutlicher wie politischer Seite ist die Wahlbestätigung stark, hellenweise sehr stark gewesen. Die Deutschen haben die ihnen zugewiesenen Mandate von Frauend, Wierich, Kollmar und Bromberg, die sonst, wenn überhaupt, gewöhnlich erst bei Stichwahlen erlangt wurden, alleamt gleich bei der Hauptwahl und mit größerer Mehrheit als jemals erungen, wie dem das Gesamtergebnis der deutschen Stimmen in der Provinz Posen im Vergleich zu 1903 ein Mehr von rund 22 000 Stimmen anwies, während die Polen nur um rund 15 000 Stimmen zugenommen haben. Dieses Plus ist teils auf die außerordentlich starke Wahlbestätigung zurückzuführen, zum Teil aber auch auf den deutschen Bevölkerungszuwachs, den die Tätigkeit der königlichen Anstaltungskommission dem platten Lande zugeführt hat. Den Wahlkreis Wirsitz den Polen zu entreihen, ist den Deutschen nicht gelungen. Es war das bei der Annahelheit der zahlreichen polnischen Saisonarbeiter auch nicht zu ermöglichen. Immerhin ist die Zahl der deutschen Stimmen auch in Wirsitz im Vergleich zu 1903 härter gemacht als die der Polen. Nur langte das ersetzte Mehr noch nicht aus, die von den „Ladensinnern“ den Polen gebrauchte Verhärterung aufzuklären. Nebenfalls aber man in allen drei Teilkreisen des Wahlbezirks die Beteiligung der Deutschen vorantreiben, um den Verlust des benachbarten wettpreußischen Wahlkreises Schwob, in welchem die gleichen Verhältnisse wie in Wirsitz obwalteten. Von den übrigen zweifelhaften wettpreußischen Wahlkreisen sind Marienwerder, Löbau und Thorn von den Deutschen gehalten worden, Thorn allerdings mit knapper Majorität. In Graudenz kommt es zur Stichwahl, in welcher deutscherseits hoffentlich das Neugierste getan werden wird, um dem deutschen Kandidaten Sieg zum Siege zu verhelfen. Wird Graudenz behauptet, bekräftigt sich also der polnische Erfolg auf Schwob, so darf man mit dem Ergebnis der Wahlen in den beiden Anstaltungspunkten wohl zufrieden sein.

Ebenfalls für die Wosener Wahlen ist neben dem Anmarsch der deutschen Stimmen auch in den auswärtsfischen Kreisen und dem relativen Zurückbleiben der polnischen der völlige Mißerfolg des Zentrums und der Sozialdemokratie. In dem einzigen polnischen Wahlkreis, wo das Zentrum eine ernsthafte Kandidatur aufstellte, in Frauend, hat es häufig Fiasco gemacht trotz der persönlichen Beliebtheit des kandidierenden Marces Tsch, der in einer früheren Legislaturperiode den Wahlkreis schon einmal vertreten hat. Freilich, damals war die politische Konjunktur dem Zentrum außerordentlich günstig. Herr Tsch war damals gleichzeitig auch der Kandidat der Polen und wurde bei der Stichwahl ebendenn von einem Teil der

